



HALBZEITBILANZ DER HESSISCHEN LANDESREGIERUNG

Nichts erreicht – nichts mehr vor

Zur Mitte der Legislaturperiode ist es an der Zeit eine Bilanz der Arbeit der Landesregierung zu ziehen: Egal ob in der Umwelt-, Bildungs-, Sozial- oder Wirtschaftspolitik – nirgends hat diese Regierung in den ersten zweieinhalb Jahren ihrer Amtszeit nennenswerte Akzente gesetzt. Diese Regierung hat nichts erreicht und auch nichts mehr vor. Sie wartet darauf, abgewählt zu werden. Bis dahin gefallen die Ministerinnen und Minister sich darin, in ihren Sesseln zu verharren. Im Landtag kommen mittlerweile konzeptionelle Vorschläge fast ausschließlich von der Opposition, während sich die Regierung aufs Rumnörgeln an diesen Vorschlägen beschränkt, ohne selbst etwas vorzulegen. Wir können in diesem Zusammenhang auf mitt-

lerweile 13 Konzeptpapiere und zahlreiche Gesetzesinitiativen verweisen, die allein vom GRÜNEN Teil der Opposition vorgelegt wurden.

KEIN AUFBRUCH MIT DEM NEUEN MINISTERPRÄSIDENT BOUFFIER

Auch der Wechsel von Koch zu Bouffier an der Spitze der Regierung hat keinen Aufbruch gebracht. Bouffier scheint sich lediglich darin zu gefallen, möglichst

vielen Menschen die Hand zu schütteln, was aber mit wirklicher Bürgernähe wenig bis nichts zu tun hat. Auf die Themen, die den Menschen unter den Nägeln brennen, gibt es keine Antworten. Die Regierung bleibt bei allem im Vagen. Offensichtlich versucht Bouffier, durch eine neue Verpackung als Landesvater Veränderung vorzutäuschen, ohne in der Sache etwas an der gescheiterten Politik seines Vorgängers zu ändern. Gleichzeitig soll er in der CDU-Bundesspitze so etwas wie die Rolle des letzten Konservativen geben, die sich allerdings nicht mit dem angestrebten Landesvater-Image verträgt. Das Ergebnis ist größtmögliche Verwirrung.



Vielleicht auch was für die Landesregierung?

Fortsetzung S.2

SEXUELLE GEWALT GEGEN KINDER

Endlich konkrete Hilfen und eine Gesamtstrategie der Landesregierung

Sexuelle Gewalt gegen Kinder ist eines der scheußlichsten Verbrechen, das man sich vorstellen kann. Um das Thema wieder auf die politische Agenda zu bringen und endlich mal einen Schritt voran zu kommen, haben wir uns für einen interfraktionellen Antrag und eine ressortübergreifende Anhörung zu diesem Thema im Landtag eingesetzt.

Diese Anhörung hat jetzt stattgefunden und wir haben viel über die Probleme gehört, die bei Prävention, der

Aufklärung und dem Schutz der Opfer in Hessen und deutschlandweit bestehen. Es ist schockierend zu hören, dass sich Kinder im Durchschnitt sieben Mal erfolglos an Personen wenden, bevor ihnen Glauben geschenkt wird. Deswegen brauchen wir mehr Aufklärung und Informationskampagnen und die Fachkräfte müssen für dieses Thema stärker sensibilisiert werden.

ARBEIT DER MINISTERIEN UND BEHÖRDEN KOORDINIEREN

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, eine ressortübergreifende Gesamtstrategie zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch zu erarbeiten. Maßnahmen der Prävention, Opferhilfe und des Umgangs mit den Tätern müssen kontinuierlich koordiniert werden.

Bisher arbeiten Ministerien und Landesbehörden zu sehr allein vor sich hin.

Das Thema darf nicht wieder in Vergessenheit geraten. Neben staatlichen Programmen brauchen wir aber auch eine Kultur des Hinschauens und Einschreitens und auch bei der Opferhilfe besteht großer Handlungsbedarf. So braucht Hessen dringend flächendeckend ausreichende Beratungs- und Hilfeeinrichtungen. Zudem fordern wir, die Verjährungsfristen zu überdenken. Die Fälle der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass viele Täter unbehelligt durchs Land laufen können. Das ist ein unerträglicher Gedanke.

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/2fy>

AUS DEM INHALT

Jagdgesetz	S. 2
Umweltzonen	S. 3
Kommalfinanzen	S. 4
Integrationspolitik	S. 5
Familienpolitik	S. 6
Fehlbelegungsabgabe	S. 7



Gerade in der Energiepolitik sieht man bei schwarz-gelb, wohin es führt, wenn über Jahre und Jahrzehnte Parteiprogramme und -parolen wichtiger sind als Konzepte und Lösungen für die realen Probleme. CDU und FDP in Hessen haben bis heute keinerlei Vorstellung für die Energieversorgung unseres Landes, nachdem ihr ‚Ohne Atomkraft geht es nicht‘-Mantra in sich zusammengebrochen ist. Wir hoffen, dass jetzt wenigstens der Energiegipfel dazu führt, endlich die richtigen Entscheidungen zu treffen.



Tarek Al-Wazir

NIRGENDWO INNOVATIVE IDEEN

Was in der Energiepolitik offensichtlich ist, gilt aber auch für andere Themenbereiche. Bundesweit geht in der Bildungspolitik der Trend auch unter CDU-geführten Landesregierungen hin zu einem Zwei-Säulen-Schulmodell aus Gymnasien einerseits und einem leistungsfähigen, integrierten, alle Ab-

schlüsse anbietenden Schulmodell andererseits. Nur Schwarz-Gelb in Hessen verharrt in den alten Schützengräben eines strikt gegliederten Schulsystems. In der Wirtschaftspolitik machen andere Bundesländer vor, was Wirtschaftsförderungsagenturen leisten können, in der Verantwortung von Herrn Posch fällt die Hessen Agentur leider weiterhin vor allem durch Streit und Parteibuchwirtschaft auf. In der Finanzpolitik hat die Bevölkerung die von CDU, SPD, FDP und uns vorgeschlagene Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung mit großer Mehrheit beschlossen. Bis heute bleibt die Landesregierung jedoch einen umfassenden Vorschlag zur Umsetzung der Schuldenbremse schuldig. Wieder einmal stammt das einzige Konzept zu diesem Thema von der Opposition, nämlich von den GRÜNEN. Anstatt Hessen voran zu bringen, leistet sich die Landesregierung immer wieder negative Schlagzeilen. Das Muster ist dabei immer gleich: erst wird abgewiegelt, dann werden wahlweise die Opposition, die Presse oder alle zusammen

beschimpft und am Ende wird gerade das zugegeben, was ohnehin nicht mehr zu leugnen ist. Ein echtes Lernen aus Fehlern sieht anders aus.

CHANCEN NUTZEN

Hessen ist ein starkes Land in der Mitte Deutschlands und Europas. Wir haben alle Chancen. Bürgerinnen und Bürger erwarten von ihrer Landesregierung nicht mehr, aber auch nicht weniger als ernstgenommen zu werden und Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit zu bekommen. Genau vor dieser Aufgabe versagt schwarz-gelb. Wir werden wie vom ersten Tag der Legislaturperiode an als Konzeptpartei auch weiterhin kontinuierlich an der Sache arbeiten. Eines hat die erste Hälfte der Legislaturperiode aber sehr deutlich gemacht: Unsere Leitlinie „Konzepte für Hessen – mit GRÜN geht's besser“ ist goldrichtig.

Tarek Al-Wazir
Fraktionsvorsitzender

JAGDGESETZ MODERNISIEREN? JA, ABER RICHTIG.

Wir wollen im Jagdrecht mehr Tierschutz durch das Verbot von Totschlagfallen und das Verbot des Abschießens von Haustieren durchsetzen und die aus der hohen Wilddichte resultierenden Waldschäden minimieren. Deshalb haben wir zahlreiche Änderungsanträge für die Novelle des Jagdgesetzes vorgelegt. Durch die Verringerung der Wilddichte im Wald könnte das Land Hessen Beträge in Millionenhöhe sparen.

DEN WALD ATMEN LASSEN

Grundsatz des Jagdgesetzes muss eine Wilddichte sein, die es dem Wald ermöglicht, sich selbst zu verjüngen. Das bedeutet, dass die Fütterung von Wildtieren konsequent verboten werden muss. Wenn sich der Wald natürlich verjüngen kann, spart das Land Ausgaben für Pflanzungen und Schutzmaßnahmen

im Wert von mehreren Millionen Euro. Zudem sind die aus der Naturverjüngung hervorgegangenen Bäume widerstandsfähiger als gepflanzte. So kann auch massiv auf Pflanzungen, Einzel-schutzmaßnahmen und Gatterbau verzichtet werden.

GROSSES SPARPOTENZIAL

Einer Antwort zu einer kleinen Anfrage unsererseits entnehmen wir dass der Landesbetrieb Hessen-Forst in den letzten Jahren Millionenbeträge an Sachkosten für Pflanzungen und Schutzmaßnahmen gegen Wildschäden ausgegeben hat. Fügt man die noch wesentlich höheren Personalkosten pro Pflanzung hinzu, kommt man leicht auf einen zweistelligen Millionenbetrag, den man in den letzten Jahren hätte sparen können. Wir wollen durch unsere Änderungsanträge

aber auch den Tierschutz verbessern. So soll es in Zukunft verboten sein, Haushunde und Hauskatzen abzuschließen. Jedes Jahr werden offiziell über 1.000 Katzen abgeschossen, die Dunkelziffer liegt wahrscheinlich höher. Dabei ist dies aus ökologischen Gründen nicht zu rechtfertigen und die unter Schutz stehende Wildkatze wird zudem noch gefährdet. Der Abschuss von Hauskatzen ist daher unverständlich und sorgt für eine ablehnende Haltung der Bevölkerung gegenüber der Jagd.



Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/2g3>



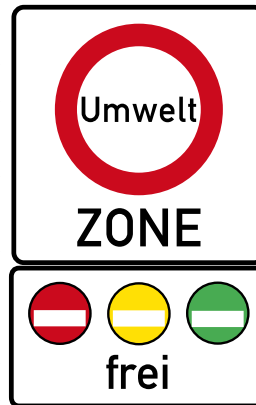
UMWELTZONEN: BLOCKADEHALTUNG ENDLICH AUFGEBEN

Die CDU/FDP-Landesregierung muss endlich ihre Blockade bei der Einrichtung von Umweltzonen aufgeben und geeignete Maßnahmen zur Reduzierung von Stickstoffdioxid auf den Weg bringen. Die Frankfurter Umweltdezernentin Manuela Rottmann (GRÜNE) fordert im Einklang mit den Städten Wiesbaden, Offenbach und Bad Homburg im Rhein-Main-Gebiet eine regionale Umweltzone einzurichten.

LANDESREGIERUNG LÄSST KOMMUNEN IM STICH

Die Landesregierung lässt die Kommunen mit der Problematik von Luftschadstoffen allein. Bisher konnte nur in Frankfurt eine Umweltzone eingerichtet werden, Anträge der Städte Wiesbaden und Offenbach scheiterten am Einspruch

von Verkehrsminister Posch (FDP). Diese Blockade ist verantwortungslos, da die Landesregierung ein Konzept, das der Luftreinhaltung mindestens genauso gut dient, auch schuldig bleibt. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 25. Juli 2008 gibt es einen Rechtsanspruch auf Aufstellung eines Luftreinhalte- oder Aktionsplans. Es müssen wirkungsvolle Maßnahmen aufgezeigt werden, die die Luftbelastung entsprechend der EU-Richtlinie reduzieren. Nur wegen der ideologischen Verbohrtheit des Verkehrsministers und der FDP darf das Land die Kommunen nicht an der Erfüllung ihrer rechtlichen Pflichten hindern. Die Kommunen haben die



Pflicht, ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen, und das Land hindert sie daran.

Das Rhein-Main-Gebiet ist eine der am stärksten mit Stickstoffdioxid belasteten Regionen in Europa. Eine spürbare Verbesserung der Luftqualität können die einzelnen Städte im Rhein-Main-Gebiet nur erreichen,

wenn auch die umliegenden Autobahnen und Verkehrswege in die Umweltzone einbezogen werden. Das Konzept der Umweltzonen muss weiterentwickelt und darf nicht von der Landesregierung blockiert werden.

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/2g5>

ENDGÜLTIGES AUS FÜR BIBLIS – ENERGIEGIPFEL IN HESSEN

Je vertiefter die Sachkenntnis, umso grüner die Energiepolitik

Mit großer Freude haben wir zur Kenntnis genommen, dass RWE das Atomkraftwerk Biblis B nicht mehr anschalten wird. Damit ist eine mehr als 30 jährige Auseinandersetzung endlich beendet und wir können uns endlich mit voller Kraft der Energiewende widmen. Außerdem wollen wir noch einmal unterstreichen, dass es völlig unsinnig ist, Biblis B als sogenannte „Kaltreserve“ zu nutzen. Ein Atomkraftwerk braucht rund 55 Stunden, um wieder hochgefahren zu werden. Es taugt deshalb nicht dazu, bei Strombedarf schnell zugeschaltet werden zu können. Wir sind überzeugt davon, dass dieser Unsinn auch bald vom Tisch ist.

Mit der Umgestaltung der Energieversorgung beschäftigt sich währenddessen der von Ministerpräsident Bouffier einberufene Energiegipfel und nach unserer Ansicht führt die mit der Anzahl der Sitzungen zunehmende Sachkenntnis dazu, dass die energiepolitischen Beratungen dort immer grüner werden. Im

Gegensatz zum Ministerpräsidenten Bouffier haben wir den Eindruck, dass die zunehmende Sachkenntnis insbesondere der Regierungsfaktionen von CDU und FDP dazu führt, dass sie sich zunehmend auf die energiepolitischen Positionen der GRÜNEN zubewegen. Je vertiefter die Sachkenntnis, umso grüner die Energiepolitik.

JETZT DIE ZUKUNFT IM BLICK

Der Strom kommt eben nicht mehr einfach von RWE, und das ist gut so. Die Abschaltung von Biblis ermöglicht es jetzt, sich ganz unideologisch der Frage zu widmen, wie Hessen in Zukunft seinen Strom wieder möglichst selbst produzieren soll und welche Schritte

dazu nötig sind. In vielen Bereichen wird unserer Ansicht nach ein Konsens aller Parteien möglich sein, beispielsweise bei der Ausweisung von Vorrangflächen für Windräder oder der verstärkten Nutzung der Sonnenenergie. Auch bei den Gaskraftwerken sehen wir die Möglichkeit für einen Konsens. Leider scheint es bei der Nutzung der Kohlekraft wohl weiterhin unvereinbare Positionen zu geben.

Aber E.ON hat wiederholt mitgeteilt, dass sie den neuen Kohleblock Staudinger 6 nicht um jeden Preis bauen, sondern nur dann, wenn es sich wirtschaftlich lohnt. Wenn der Ausbau der Erneuerbaren Energien nun noch schneller voranschreitet, wird sich ein so großer Kohleblock nicht mehr rechnen. Von daher sind wir optimistisch, dass sich auch dieses Thema sehr bald erledigen wird.

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/2g2>





HESSENS KOMMUNEN FAIR FINANZIEREN

KONZEPTE FÜR HESSEN:
MIT GRÜN GEHT'S BESSER

Für die hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise ist der Kommunale Finanzausgleich (KFA) sehr wichtig. Über dieses Instrument finanziert das Land Hessen einen Teil der kommunalen Ausgaben. Über drei Milliarden Euro fließen den Städten und Gemeinden im Jahr 2011 über den KFA zu.

Der aktuelle KFA ist allerdings intransparent und schwer nachvollziehbar. Deshalb wird er von immer mehr Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern als ungerecht empfunden. Das wollen wir ändern. Dabei wollen wir nicht im bisherigen System Einzelheiten verändern, sondern streben eine grundlegende Reform an.

Möglichst gerecht, einfach und verständlich wollen wir den Kommunalen Finanzausgleich gestalten und legen einen Reformvorschlag aus einem Guss vor. Die Reform soll die kommunale Selbstverwaltung sichern, neue Spielräume eröffnen und die stets schwankenden Landes- und Kommunalfinanzen stabilisieren. Der Reformvorschlag bietet dem Land und den Kommunen auf diese Weise einen langfristig verlässlichen Finanzrahmen.

Konkret wollen wir erreichen, dass das KFA-Volumen in Zukunft an der tatsächlichen Aufgabenverteilung zwischen dem Land und den Kommunen bemessen wird. Wenn dieses anhand der Aufgabenteilung ermittelte Aufteilungsverhältnis der in Hessen verbleibenden Steuereinnahmen einmal feststeht, geht es im Anschluss darum, dieses zu stabilisieren. Dazu wollen wir den sogenannten Gleichmäßigkeitsgrundsatzes (GMG) einführen, der in Sachsen erfolgreich angewendet wird. Die Funktionsweise des GMG ist in unserem Konzeptpapier ausführlich beschrieben. Der gegenwärtige KFA entzweit das Land und seine Kommunen. Die Einführung des GMG stellt im Gegensatz dazu sicher, dass Land und Kommunen finanziell „in einem Boot sitzen“.

Umstrukturieren wollen wir auch die Verteilung der KFA-Zuweisungen an die Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte. Nach unseren Vorstellungen soll die so genannte Schlüsselmasse – also der Geldbestand aus dem die Kommunen frei verwendbare Finanzzuweisungen bekommen – nicht mehr in drei Teile aufgeteilt werden. Vielmehr soll nur noch zwischen kreisangehörigen und kreisfreien Gemeinden auf der einen Seite und Landkreisen auf der anderen Seite unterschieden werden. Bisher werden im KFA drei Teile gebildet, auf die jeweils die kreisangehörigen Gemeinden, die kreisfreien Städte und die Landkreise Zugriff haben.



Die neue Verteilung beendet die unnötige Zersplitterung der kommunalen Solidargemeinschaft. Damit erreichen wir, dass ein Einnahmeeinbruch in einer der fünf kreisfreien Städte nicht zu einer unverhältnismäßig Kürzung bei den vier anderen Städten führt. Darüber hinaus stärkt die neue Verteilung die Transparenz des KFA. Um zu ermitteln, wie viel Geld die Kommunen zur Finanzierung ihrer Aufgaben benötigen, sollen grundsätzlich drei Kriterien herangezogen werden. Das Hauptkriterium ist die Anzahl der Einwohner. Daneben sind die Gemeindegröße und die Leistungen einer Gemeinde für das Umland für die Bemessung des Geldbedarfs einer einzelnen Kommune von Bedeutung. Neben dieser grundsätzlichen Änderung beabsichtigen wir Verbesserungen in mehreren Teilbereichen. So wollen wir die kommunale Selbstverwaltung stärken, indem die Entscheidungsfreiheit der Kommunen über die Verwendung

der KFA-Mittel vergrößert wird. Dazu soll die Vielzahl der besonderen Finanzzuweisungen wie z.B. für besondere von der Landesregierung gewünschte Investitionen umstrukturiert und reduziert werden.

Einen Teil der KFA-Zuweisungen wollen wir jedoch weiterhin zweckgebunden an die Kommunen weiterleiten, um ihren speziellen Bedürfnissen gerecht zu werden. Da sich die Herausforderungen des demographischen Wandels nicht zufriedenstellend im KFA abbilden lassen, wollen wir die davon betroffenen Kommunen durch temporäre Zuweisungen unterstützen. Für das Kulturangebot, das viele größere Städte auch für das Umland leisten, soll es zu je einem Drittel Geld von der Stadt, einer speziellen Zuweisung aus dem KFA und dem Land geben. Als wichtig sehen wir es ferner an, einen angemessenen Sozialstrukturausgleich zu leisten. Dies trifft etwa für Kommunen zu, die einen besonders hohen Anteil an Erwerbslosen haben.

Um die Solidarität unter den Kommunen zu stärken, beabsichtigen wir die Kommunen, die mehr Finanzmittel haben als sie rechnerisch brauchen, stärker in die Finanzierung des KFA einzubeziehen. Sie sollen Teile ihres Geldes an finanzschwächere Kommunen abführen. Im Gegenzug richten sich einige der vorgeschlagenen Maßnahmen darauf, den finanzschwachen Kommunen bessere Anreize zu bieten, ihre eigene Finanzkraft durch verstärkte Ausschöpfung der eigenen Einnahmequellen auszubauen. Wir sehen uns in der politischen Verantwortung, den in Teilen ungerechten kommunalen Finanzausgleich in ein zukunftsfestes Ausgleichssystem zu überführen. Wir sind sicher, dass die kommunale Selbstverwaltung durch diese Reform des kommunalen Finanzausgleichs profitieren wird.

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/2gb>



EIN INTEGRATIONSKONZEPT FÜR HESSEN

Die Debatte über die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund wird in regelmäßigen Abständen und immer wieder polemisch geführt, allerdings fast immer nur als Beschreibung realer oder vermeintlicher Integrationsdefizite. Die Erfolge und positiven Beispiele gelungener Integration werden in der öffentlichen Diskussion nur selten wahrgenommen, und die regelmäßig wiederkehrenden Integrationsdebatten haben eines gemeinsam: Sie sind oft emotionale Auseinandersetzungen, die selten irgendein Problem lösen.

Wir wollen die Integrationspolitik endlich versachlichen und schlagen konkrete Maßnahmen vor, damit Integration in Hessen aktiv gestaltet werden kann.

Den Kern der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen bilden der Hessische Integrationsplan, die Hessische Integrationsvereinbarung und eine regelmäßige Integrationskonferenz in Hessen, die nicht nur wie bisher zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit, sondern als echtes Entscheidungsgremium etabliert werden soll. Sie bilden die Voraussetzung für einen systematischen Dialog, um die geeigneten Maßnahmen zur Förderung der Integration in Hessen zu definieren. Auf dieser Grundlage soll ein Hessisches Integrationsgesetz verabschiedet werden, dass die verschiedenen Maßnahmen bündelt.

In Hessen hat inzwischen fast jedes zweite Kind unter 6 Jahren einen Mig-

rationshintergrund. Angesichts dieser Zahl ist es nach unserer Ansicht absurd darüber zu diskutieren, ob Hessen ein Einwanderungsland ist oder nicht. Unser



Integrationspolitik sachlich diskutieren

Konzept verfolgt deshalb einen Ansatz, der die Lebenswirklichkeiten aller hier lebenden Menschen – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – in den Blick nimmt. Vielfalt als Bereicherung, Teilhabe für alle und Integration als Aufgabe sind der Dreiklang, der dieses Konzept prägt.

VIELFALT ALS BEREICHERUNG

Die Vielfalt der Menschen – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – ist eine Bereicherung. DIE Deutsche oder DEN Deutschen gibt es genau so wenig wie DIE Ausländerin oder DEN Ausländer.

TEILHABE FÜR ALLE

Viele Studien zeigen, dass der soziale Status und der Bildungshintergrund eines Menschen maßgeblicher sind für seine Chancen in unserer Gesellschaft als sein Migrationshintergrund. Dadurch

treten in ähnlichen sozialen Milieus die gleichen Probleme auf – unabhängig von Nationalität oder Herkunft. Integrationspolitik muss deshalb die Barrieren überwinden, die den Menschen mit und ohne Migrationshintergrund die gleichberechtigte Teilhabe an unserer Gesellschaft erschweren.

INTEGRATION ALS AUFGABE

Wir erwarten von allen, die hier leben, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, die Anerkennung der Grundwerte unseres Grundgesetzes und unserer Rechtsordnung. Integration kann nur dann funktionieren, wenn sowohl die aufnehmende Gesellschaft als auch die Eingewanderten zu Anpassungsprozessen bereit sind. Von den Migrantinnen und Migranten werden dabei größere persönliche Anstrengungen verlangt, etwa beim Erlernen der deutschen Sprache.

Für eine moderne Integrationspolitik, die Vielfalt als Bereicherung, Teilhabe für alle und Integration als Aufgabe versteht, haben wir in zehn Handlungsfeldern konkrete Maßnahmen erarbeitet. Es geht uns um Integration durch gute Sprachkenntnisse, eine gute Bildungspolitik, Teilhabe durch Ausbildung und Arbeit und die Unterstützung der Kommunen bei der Integrationspolitik. Eine gute Integrationspolitik muss auch den Sozial- und Gesundheitsbereich in den Blick nehmen, demokratische Teilhabe und die Vielfalt in der öffentlichen Verwaltung fördern und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern voranbringen. Wir müssen die mit den Menschen eingewanderten Religionen, insbesondere den Islam, integrieren, eine gute Präventionspolitik betreiben und die Einbürgerung erleichtern. Um in diesen Bereichen Fortschritte zu erreichen, schlagen wir 17 Maßnahmen vor.

KONZEPTE FÜR HESSEN?

Hessen braucht neue Antworten auf die wichtigen gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit. DIE GRÜNEN wollen Alternativen zur schwarz-gelben Politik aufzeigen und Antworten geben: mit innovativen, manchmal auch provokanten und für die Gesellschaft relevanten Konzepten.

Mit neuen Konzepten bekräftigen wir unseren selbstbewussten Anspruch, die ökologische, soziale und progressive Kraft der Linken Mitte zu werden. Es ist Zeit für GRÜNE Konzepte, um Hessen fit für die Zukunft zu machen.

Unsere Maxime lautet deshalb: **Konzepte für Hessen – Mit GRÜN geht's besser!**


Tarek Al-Wazir - Fraktionsvorsitzender

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/2sx>



FAMILIEN IN DEN MITTELPUNKT – HANDELN STATT REDEN

Wir wollen, dass Schluss ist mit ideologischen und moralischen Debatten, was Familie sein darf oder nicht. Es geht um die Anerkennung der Vielfalt von Familienformen und deren diskriminierungsfreie Förderung anstatt der Durchsetzung von konservativen Wertvorstellungen über Familienpolitik.

Bei der Unterstützung der Familien sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Verantwortungsbereitschaft der Familienmitglieder stärken und auf Bevormundung verzichten. Wir sehen die Lösung der Probleme von Familien deshalb auch nicht in einer Politik der Modelleritis, wie sie die Landesregierung betreibt, sondern in einem guten Angebot an Unterstützung und Hilfen, das verantwortungsvolle Entscheidungen erleichtert.

Viele Frauen und Männer übernehmen Verantwortung für die Kinder ihrer Partner, die nicht ihre leiblichen Kinder sind, nichteheliche Lebensgemeinschaften oder gleichgeschlechtliche Paare leben in Familien mit und ohne Kinder, es werden Eltern oder kranke Geschwister betreut. Dies muss in Zukunft bei der Unterstützung von Familien berücksichtigt werden. Um Familien angemessen zu unterstützen sehen wir eine bedarfsgerechte Infrastruktur der Kinderbetreuung als notwendig an. Dies reicht von der verstärkten Betreuung unter Dreijähriger, den Ausbau der Ganztagsbetreuung von Kindergartenkindern (ein entsprechendes Konzept „Kindergärten zu Bildungsgärten“ haben wir bereits vorgelegt), einer Verbesserung der frühkindlichen Bildung bis hin zum Ausbau von Ganztagschulen. Von einem bedarfsgerechten Angebot sind wir in Hessen noch weit entfernt. Um die Elternarbeit zu intensivieren, soll es in Zukunft Bildungspartnerschaften zwischen Eltern und Kitas und Grundschulen geben. Bei Eintritt in den Kindergarten oder die Grundschule soll eine Partnerschaft abgeschlossen, ein Tandem zwischen

Einrichtung und Eltern gebildet werden. Ziel ist die gegenseitige Information über Stärken und Schwächen des Kindes, die Beratung in Erziehungsfragen sowie die Unterstützung bei der Förderung des Kindes.



Um zu einer Familienkarte zu kommen, die diesen Namen verdient, ist eine Neukonzeption in Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Anbietern notwendig. Familien mit geringem Einkommen sollen künstlerische, musische, Sport- oder Freizeitangebote von Kommunen, Land, Vereinen, Organisationen und Einrichtungen hessenweit kostenlos oder günstig nutzen können.

FAMILIEN HABEN SICH DEUTLICH VERÄNDERT

Um Familien von Anfang an zu unterstützen, soll das Netz des Angebots von Familienhebammen deutlich ausgeweitet werden. Die Kindertageseinrichtungen sollen zu Familienzentren weiterentwickelt werden, in denen Erziehungs- und Familienhilfe genauso wie Sprach- und Gesundheitsförderung gebündelt werden. Die Familienzentren sollen vom Land gefördert werden.

Die Veränderung der Familienformen – von der klassischen über Patchwork- und Regenbogenfamilien bis hin zu Alleinerziehenden – muss sich auch in Recht und Gesetz widerspiegeln. Wenn der neue Lebenspartner die Kinder seines Partners wie die eigenen großzieht, sollte dies rechtlich gewürdigt und ihm entsprechende Kompetenzen und Rechte übertragen werden. Da eine Berücksichtigung sozialer Elternschaft in Familien- und Kindschaftsrecht kurzfristig

nicht gelingen wird, schlagen wir die Schaffung eines neuen, flexiblen Rechtsinstituts vor. Der Familienvertrag soll diese Familien schützen und die Rechte der Verantwortung übernehmenden Partner stärken. Die Institution Ehe und eingetragene Lebenspartnerschaften bleiben hiervon unberührt. Es soll eine rechtliche Absicherung für Familienformen sein, in denen Kinder leben, die mehr Bezugspersonen haben, als ihre leiblichen Eltern.

WEIT ENTFERNT VOM FAMILIENLAND NR. 1

In einem gleichberechtigten Adoptionsrecht soll es auch eingetragenen Lebenspartnerschaften möglich sein, gemeinsam ein Kind zu adoptieren.

Wir legen Wert darauf, dass Familie für Kinder einer der wichtigsten Orte ist, sie aber nicht idealisiert und ihre dunkle Seite nicht verschwiegen werden darf. Deshalb gilt es auch, den hessischen „Aktionsplan zur Bekämpfung der Gewalt im häuslichen Bereich“ aus dem Jahr 2004 dringend zu aktualisieren und umzusetzen. Um sexueller Gewalt zu begegnen, bedarf es aber auch einer Kultur des Hinschauens und Einschreitens, die von Landesseite auch entsprechend forciert werden muss.

Das Land Hessen hat nach wie vor massive Defizite in der Familienpolitik vorzuweisen. Vom Familienland Nr.1, wie es immer noch die CDU vollmundig in Sonntagsreden betont, ist Hessen weit entfernt. Wir brauchen eine unideologische Familienpolitik, die keine Lebensgemeinschaft ausgrenzt und dabei eine breite Palette verschiedener Maßnahmen vorhält, um Kindern, Eltern oder Menschen, die Verantwortung übernehmen wollen, weitreichende Unterstützung zukommen lässt.

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/2fy>



AUF DEM WEG ZUR WAHLFREIHEIT ZWISCHEN G8 UND G9

Der Hessische Landtag hat im Juni 2008 auf Grundlage eines von uns vorgelegten Gesetzentwurfes beschlossen, dass kooperative Gesamtschulen ihren Gymnasialzweig auch wieder als G9 anbieten können. Bisher haben sich 53 der 116 kooperativen Gesamtschulen dazu entschieden, von der verkürzten Gymnasialzeit G8 zur neunjährigen Gymnasialzeit (G9) zurückzukehren. Drei Jahre nach dem Beschluss des Landtags sind wir somit unserem Ziel einer echten Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 ein gutes Stück näher gekommen.

Während kooperative Gesamtschulen (KGS) durch unsere Gesetzesinitiative seit dem Schuljahr 2008/2009 die Möglichkeit haben zwischen G8 und G9 zu wählen, bieten nach dem Schulgesetz integrierte Gesamtschulen (IGS) generell

eine sechsjährige Mittelstufe und somit auch G9 an. In Hessen gibt es nach Zahlen des Kultusministeriums (Landtagsdrucksache 18/2623) aus dem Jahr 2010 149 Gymnasien, 116 Kooperative Gesamtschulen sowie 87 Integrierte Gesamtschulen mit gymnasialer Mittelstufe. Somit ergeben sich 140 G9-Angebote (53 KGS und 87 IGS) und 212 G8-Angebote (63 KGS und 149 Gymnasien). Bis zu einer vollständigen Wahlfreiheit ist es zwar noch ein gutes Stück des Weges, aber in einigen Schulträgerbezirken ist es schon weitgehend problemlos möglich, sich entweder für G8 am Gymnasium oder G9 an einer KGS oder IGS zu entscheiden. Angesichts der Zahlen denken wir, dass die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 und nicht eine generelle Rückkehr zu G9 bildungspolitisch

der richtige Weg ist. Wie in so vielen bildungspolitischen Fragen, ist auch in der Frage der verkürzten gymnasialen Schulzeit die Gesellschaft gespalten.

NICHT STÄNDIG KURS ÄNDERN

Es macht keinen Sinn, alle paar Jahre den Kurs um 180 Grad zu ändern und wieder generell zu G9 zurückkehren zu wollen. Entscheidend ist für uns die Frage, ob es für die Eltern und Schülerinnen und Schüler eine echte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 gibt. So wird nicht vom Kultusministerium vorgegeben, was in dieser Frage richtig ist, sondern Eltern können entscheiden.

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/2fw>

FEHLBELEGUNGSABGABE: REGIERUNG HAT KEIN EINSEHEN

Die Landesregierung hat in Sachen Fehlbelegungsabgabe einen bemerkenswerten Schlingerkurs vollführt, der letztendlich zum schlechtesten Ergebnis für Kommunen und Wohnungssuchende geführt hat. Entgegen einer Zusage von Wirtschaftsminister Dieter Posch (FDP), die gesetzliche Grundlage zur Erhebung der Abgabe zu verlängern, blieben die Regierungsfractionen von CDU und FDP einen entsprechenden Gesetzentwurf schuldig. Deshalb haben die GRÜNEN sich im April entschlossen, selbst einen dringlichen Gesetzentwurf (Drucksache 18/3952) in den Landtag einzubringen, der den Kommunen mit Wohnungsmangel ermöglicht hätte, die Abgabe weiter zu erheben. Leider haben CDU und FDP dem Gesetzentwurf am 9. Juni 2011 ihre Zustimmung verweigert, weshalb die Fehlbelegungsabgabe nun nicht mehr erhoben werden kann. Damit gehen den Kommunen die letzten Mittel verloren, die sie zuverlässig in den sozialen Wohnungsbau investieren konnten.



Bei der Anhörung zu unserem Entwurf hatten sich der Städtetag, der Städte- und Gemeindebund sowie viele einzelne hessische Städte dafür ausgesprochen, den Kommunen zu ermöglichen, die Fehlbelegungsabgabe über den 30. Juni hinaus fortzuführen. Nur so hätte in den Kommunen mit Wohnungsmangel weiterhin sichergestellt werden können, dass die Subventionen für Sozialwohnungen ausschließlich bedürftigen Mietern zu Gute kommen und gleichzeitig in neue Sozialwohnungen investiert werden kann. Die Fehlbelegungsabgabe brachte den Kommunen im Erhebungszeitraum von drei Jahren rund 50 Millionen Euro ein – zweckgebunden für

den sozialen Wohnungsbau. Trotz allen guten Argumenten haben CDU und FDP unseren Gesetzentwurf abgelehnt und damit den Kommunen ein bewährtes Instrument aus der Hand geschlagen, ohne ihnen zeitgleich etwas Neues anzubieten.

REGIERUNG FERN DER REALITÄT

Wir konnten uns sowohl in der Plenar- als auch in der Ausschusssitzung des Ein-drucks nicht erwehren, dass es vor allem die FDP-Fraktion war, die die fachpolitischen Argumente der Kommunen und ihrer Spitzenverbände nicht hören wollte. Offenbar wurde aus ideologischen Gründen sogar der eigene Minister in den Regen gestellt, dessen schriftliche Zusage nun wertlos ist. Es zeigt sich wieder einmal, wie realitätsfern diese CDU/FDP-Landesregierung Hessen regiert.

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/2fv>



ZWECKENTFREMUNG VON STEUERGELDERN

GRÜNE streiten für vollständige Transparenz in der Sache European Business School

Von Anfang an waren die 24,7 Mio. Euro Landesfördermittel zum Aufbau einer juristischen Fakultät der privaten European Business School (EBS) politisch heftig umstritten. Während die staatlichen Hochschulen unterfinanziert sind und trotz der steigenden Studierendenzahlen um 30 Mio. Euro gekürzt wurden, bezuschusst die schwarz-gelbe Landesregierung im Fall der EBS den Aufbau eines einzelnen Fachbereichs mit einem zweistelligen Millionenbetrag. Wir haben mehrfach beantragt, diese Gelder zu streichen und sie stattdessen den staatlichen Hochschulen zu geben.

Seit Anfang dieses Jahres kommt die EBS nicht mehr aus den Schlagzeilen. Es gibt immer neue Medienberichte über die Veruntreuungen von Geldern durch den damaligen EBS-Präsidenten, die Staatsanwaltschaft ermittelt und die Vorgänge

werden immer dubioser. Wissenschaftsministerin Kühne-Hörmann (CDU) zeigt wenig Aufklärungswillen, wiegelt häufig ab und wir müssen immer wieder nachbohren, um überhaupt an Informationen zu kommen und die Ministerin zum Handeln zu bewegen.

KNAPP 1,5 MILLIONEN ZWECKENTFREMDET?

Die Überprüfung der Verwendung der Fördermittel durch ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen hat nun ergeben, dass möglicherweise knapp 1,5 Millionen Euro Steuergelder durch die EBS zweckentfremdet wurden. Darüber hinaus wurde bekannt, dass es bisher nicht erwähnte Treffen zwischen EBS und Teilen der Landesregierung sowie einen Durchsuchungsbeschluss für das Wissenschaftsministerium gab. Wieder informiert die Ministerin die Öffentlich-



Thorben Weingert / pixelio.de

keit und das Parlament zu den Vorgängen nur unzureichend. Bisher haben wir den Prüfbericht noch nicht gesehen. Wir bleiben weiter an dem Thema dran und wollen für vollständige Transparenz in der Sache EBS sorgen.

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/2fx>

KURZ NOTIERT

JUGENDMEDIENSCHUTZ

Um eine gesellschaftliche und politische Diskussion für eine Neuregelung des Jugendmedienschutzes anzustoßen, haben wir am 17. Juni 2011 eine bundesweite Tagung mit dem Titel „Moderner Jugendmedienschutz – Wie geht das?“ organisiert. Mehr als 60 TeilnehmerInnen diskutierten mit den 17 ReferentInnen aus Politik, Medien, der Internet-Community, mit Jugendbeschützern, Lehrern und Medienpädagogen. Die Veranstaltung soll die Grundlage sein für einen GRÜNEN Entwurf eines modernen Kinder- und Jugendmedienschutzes. Inzwischen wird ein weiterer Staatsvertrag heiß diskutiert: die geplante Reform der Rundfunkgebühr ab 2013.

FEIERSTUNDE

Mit einer Feierstunde im Hessischen Landtag haben wir die ehemalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt Hildegard Hamm-Brücher anlässlich ihres 90. Geburtstags, den sie am 11. Mai beging, geehrt. Hildegard Hamm-Brücher ist bekannt als unbeirrbarer Streiterin für Demokratie und

Bürgerrechte. Wir freuen uns, dass wir Hildegard Hamm-Brücher im vergangenen Jahr als Wahlfrau für die Bundespräsidentenwahl gewinnen konnten und dass wir seitdem in einem regen Austausch stehen. Sie hat ein Verständnis der Bürgergesellschaft, das sich mit unserem in vielen Punkten deckt.

Die Festrede zum Geburtstag hielt der ehemalige Hessische Justizminister Rupert von Plottnitz. Er ließ ihre politischen Stationen Revue passieren, die vom Stadtrat in München über den Bayerischen Landtag und das Hessische Kultusministerium bis zum Bundestag reichen. Hildegard Hamm-Brücher selbst wies in ihrer Dankesrede darauf hin, dass es ihr in ihrer politischen Tätigkeit immer zuerst um die Demokratie gegangen sei, erst dann um die Partei. Die Bilanz ihres Lebens und Schaffens: „Die Freiheit, wenn mit ihr verantwortungsvoll umgegangen wird, macht nicht nur den Einzelnen, sondern auch ein Volk lernfähig.“

STAUFREIES HESSEN?

Der Versuch das Projekt „staufreies Hessen“ der Landesregierung in einer Pressekonzferenz als Erfolg zu verkaufen ist lächerlich. Wenn man die Erfolge des Projekts

bewerten möchte, sollte man die Verkehrsnachrichten der hessischen Hörfunksender insbesondere zu den Verkehrsspitzenzeiten zu Rate ziehen. Angesichts der Fülle der dortigen Meldungen merkt man wenig bis nichts von dem selbstgepriesenen Projekt der Landesregierung.

Insbesondere in den Ballungsräumen muss das Land deshalb die Angebote für den öffentlichen Personenverkehr weiter verbessern. Dazu müssen die Angebote von RMV und NVV weiter bedarfsgerecht ausgebaut werden, damit die Nutzerinnen und Nutzer schnell und komfortabel zu ihren Zielen kommen. Das wäre ein Schritt hin zu wirklicher Staufreiheit.

IMPRESSUM

Herausgeberin

Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350 582

V.i.S.d.P.

Mathias Wagner - Parl. Geschäftsführer

Redaktion & Layout: Till Haupt

Fotos: Eigene, pixelio.de

Druck: August 2011